

Zur Gründung der Mittelmeerunion

Mediterrane Mitte

Von Gerd Held

Die „Union für das Mittelmeer“ ist also gegründet. Die ersten Bilder, die die Pariser Gründungskonferenz der 43 Staats- und Regierungschefs aus dem Mittelmeerraum und Europa am Sonntag lieferte, beeindruckten durch den Umkreis der Teilnehmer. Mehrere der großen Kulturkreise dieser Welt sind am Mittelmeer vertreten. Es gibt die Gruppe der arabischen Südweststaaten (der Maghreb), die Gruppe der europäischen Staaten des Nordwestufers (alle in der EU), die Gruppe des Nordostufers, das vom Balkan bis zur Türkei reicht, und die mindestens ebenso heterogene Gruppe des Südostufers, zu der arabische Staaten und Israel gehören. Der mediterrane Raum ist ein Scharnier zwischen Afrika, Europa und Asien. Er hat auch Eigengewicht. Allein die Stadtbevölkerung aller Anliegerstaaten beträgt heute fast 300 Millionen; im Jahr 2025 werden es fast 400 Millionen sein und das Südufer wird das Nordufer weit übertreffen. Die Konferenz von Paris ist schon deshalb ein Gewinn, weil sie die Anerkennung einer sozialen Realität bedeutet. Auch wenn die demokratische Entwicklung in vielen Ländern nicht weit ist, sitzen doch indirekt Millionen Menschen mit am Tisch – so wie das Mittelmeer zwischen ihnen einen gemeinsamen geographischen „Tisch“ bildet.

Man hat im Vorfeld der Gründung sehr stark die Konflikte betont, allen voran den israelisch-arabischen Konflikt. Die Situation der Menschenrechte am Südufer wurde ebenso kritisiert wie die wirtschaftliche Übervorteilung durch den europäischen Norden. Wirtschaftsexperten haben darauf hingewiesen, dass die Wachstumspotentiale einer mediterranen Freihandelszone nicht sehr groß sind. Die Mittelmeerunion wird keine zweite EU werden. Ihre Potentiale sind grundsätzlich anderer Art. Bei allen Gegensätzen gibt es einige sehr ähn-

liche Züge der mediterranen Zivilisation und ein „Déjà vu“ bei den Lebensformen. Zwischen Valencia und Tel Aviv, Marseille und Algier, Istanbul und Venedig gibt es gemeinsame Problemlagen und Lösungsansätze – ob es um Ernährung, Wasserversorgung, Leichtindustrien oder um die Rhythmen und Plätze des Tagesablaufs geht. An diese Realität soll die Mittelmeerunion anknüpfen, indem sie „Projekte“ in den Vordergrund stellt und nicht die Durchsetzung allgemeingültiger Normen. Eine Zivilisation bietet eigene Möglichkeiten der gegenseitigen Erfahrung und Anerkennung. Sie kann auf die politischen, wirtschaftlichen und religiösen Gegensätze mäßigend wirken. Die Gegensätze sind ja in der Regel nicht am Mittelmeer entstanden, sondern dringen von außen ein. Was global nicht lösbar ist, kann in der begrenzten Arena einer Mittelmeerunion eine Mitte finden. Wir können nicht erwarten, dass sich der Islam „europäisiert“ und sich damit der christlichen Identität annähert. Aber wir können hoffen, dass er sich „mediterranisiert“.

Diesen entscheidenden Punkt scheint die EU – auch die deutsche Außenpolitik – nicht verstanden zu haben. Sie hat darauf bestanden, dass alle EU-Staaten auch Mitglied der Mittelmeerunion werden, und sie hat den Anschein erweckt, es ginge nur um eine Fortsetzung der euro-mediterranen Partnerschaft („Barcelona-Prozess“). Dieser Prozess war in eine Sackgasse geraten, nicht zuletzt deshalb, weil die EU seit 2003 mit ihrer „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ bilaterale Beziehungen privilegierte. Die südlichen Anrainerstaaten mussten einzelnen mit der EU Abkommen treffen. Die Möglichkeit einer gemeinsamen, multilateralen Arena blieb auf der Strecke. Offenbar ist Brüssel hier nicht zu einer Politikänderung bereit, obwohl viele Län-

der des Südufers diese Bilateralität als Spaltung empfinden. Man kann auch fragen, warum sich Europa nicht auf einen politischen Raum im Süden einlassen mag, in dem es in der Minderheit wäre. So liegt über der Pariser Veranstaltung eine Ambi-

valenz: Sie ist zugleich Mittelmeerkonferenz und Europäische Nachbarschaftskonferenz. Die einträchtigen Fotos täuschen darüber hinweg, dass hier im Grunde zwei Konferenzen stattfinden.

(Manuskript vom 10.7.2008, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ am 14.7.2008)